

**Quelle** Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.11.2009  
**Seite** 1  
**Nummer** 275  
**Ressort** Politik  
**Seitentitel** Politik  
**Serientitel** Aufmacher

# Opel-Betriebsrat kündigt Widerstand gegen die Pläne von General Motors an

Franz: Stellenabbau in Deutschland drastischer als erwartet / "Das ist der Dank"

cru. RÜSSELSHEIM, 25. November. Der Betriebsrat von Opel hat Widerstand gegen den Sanierungsplan des amerikanischen Opel-Mutterkonzerns General Motors (GM) angekündigt. GM-Europachef Nick Reilly sicherte am Mittwoch in Rüsselsheim zwar den Erhalt aller vier Werke in Deutschland zu; in Europa sollen aber 9000 von 50 000 Stellen bei Opel gestrichen werden. Von den Kürzungen würden etwa "50 bis 60 Prozent" auf Deutschland entfallen, sagte Reilly, also bis zu 5400 Stellen. Opel-Betriebsratschef Klaus Franz sagte dazu, Betriebsrat und IG Metall würden die Sanierungspläne nicht akzeptieren, wenn sie einseitig zu Lasten von Deutschland und Belgien gingen. Die Gespräche mit den Opel-Betriebsräten über die Verteilung des Stellenabbaus auf die Werke sollen in zwei bis drei Wochen abgeschlossen werden. "Wir erwarten, dass die Mitarbeiter und die Regierungen ihren Beitrag zur Sanierung leisten", sagte Reilly. Benötigt werde für die Sanierung ein Geldbetrag von 3,3 Milliarden Euro. Nach Angaben von Franz fällt der in Deutschland geplante Stellenabbau drastischer aus als erwartet. Der Unternehmensplan von GM sehe vor, in Rüsselsheim knapp 2500 Stellen abzubauen, in Bochum 1800 und in Eisenach und Kaiserslautern jeweils 300 - das wären insgesamt 4900 Stellen. Weitere 2330 Stellen würden im Werk in Antwerpen abgebaut, das ganz geschlossen werden könnte. Franz sagte, der Betriebsrat sei bei dem Treffen am Mittwoch über alle wichtigen Details im Unklaren gelassen worden. "Unser Informationsrecht und die Konsultationspflicht wurden nicht eingehalten. Wir werden uns künftig in

den Gesprächen mit GM anwaltlich vertreten lassen müssen."

Laut Franz hat GM-Europa-Chef Reilly das Produktionsvolumen in Rüsselsheim gekürzt, um der britischen Regierung entgegenzukommen und Staatshilfe aus England zu erhalten. 50 000 Autos des Modells Astra Caravan sollten künftig in Ellesmere Port statt Rüsselsheim gefertigt werden. Franz kommentierte dies ironisch: "Wir werten das als Dankeschön von GM an die Bundesregierung, die Opel mit dem Brückenkredit gerettet hatte." Auch habe GM den Wunsch der Belegschaft nach einer Beteiligung am Unternehmen zurückgewiesen. (Fortsetzung Seite 2, siehe auch Wirtschaft, Seite 18.)

Mit Erleichterung wurde die Nachricht vom Erhalt des Eisenacher Opel-Werkes in Thüringen aufgenommen. Zugleich gab es aber Kritik an GM. Klar sei, "dass sehr harte Verhandlungen bevorstehen und es nicht ohne Einschnitte gehen wird", äußerte Eisenachs Oberbürgermeister Matthias Doht (SPD). Zuvor hatte Reilly in Rüsselsheim nach einem Gespräch mit der thüringischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) auch eine Zusage für das lange als gefährdet geltende Werk in Eisenach abgegeben.

Opel beschäftigt in Deutschland insgesamt knapp 25 000 Mitarbeiter, davon knapp 15 000 im Stammwerk Rüsselsheim in Hessen, wo seit kurzem auch die GM-Europazentrale angesiedelt ist. Mit der Zusage zum Erhalt der vier deutschen Standorte - inklusive Bochum und Kaiserslautern - schwenkte GM-Europachef Reilly auf einen weicheren Sanierungskurs ein. Noch im Juni hatte GM ein Sanierungskonzept geprüft, das

die Schließung der Opel-Fabriken in Antwerpen, Bochum und Eisenach vorsah. Da der Konzern jedoch auf staatliche Kredite von bis zu 3,3 Milliarden Euro hofft, müssen auch Zugeständnisse an die Politik gemacht werden. Die 50 000 Opel-Beschäftigten sollen künftig auf jährlich 265 Millionen Euro Lohn verzichten, damit das Unternehmen nach dem Milliardenverlust in diesem Jahr bis 2011 wieder in die Gewinnzone zurückkehren kann. Reilly kündigte an, er werde Opel und die neue GM-Europazentrale in Rüsselsheim künftig straffer organisieren. Im Zuge des Umbaus würden auch die Arbeitsplätze im Management verringert.

Der GM-Konzern, der erst im Juli als mehrheitlich verstaatlichtes Unternehmen neu geordnet aus der Insolvenz hervorging, trifft bei der Sanierung des Europageschäfts allerorten auf neue Probleme. So hofft der GM-Konzern, seine schwedische Tochtergesellschaft Saab doch noch verkaufen zu können, nachdem eine Übernahme durch die Sportwagenmanufaktur Koenigsegg vorerst gescheitert war. "Ich habe gestern Abend mit GM gesprochen, und mein Eindruck ist, dass sie die Hoffnung nicht aufgegeben haben", sagte Jöran Hagglund, Staatssekretär im schwedischen Industrieministerium am Mittwoch. Gelingt der Verkauf nicht, dann dürfte der GM-Verwaltungsrat am Dienstag die Abwicklung von Saab beschließen. Am Dienstagabend waren monatelange Übernahmeverhandlungen mit Koenigsegg kurz vor dem Abschluss noch gescheitert.

**Abbildung** Für das Wohl ihres Landes: Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht neben GM-Europachef Reilly (rechts).

**Abbildung** Foto dpa

